„Das macht uns richtig Sorgen“

Laut Vorstand Hajo Müller hatte die BSAG im vergangenen Jahr 36 Millionen weniger Fahrgäste als 2019

Aufgrund der Pandemie zählte die Bremer Straßenbahn AG (BSAG) 36 Millionen weniger Fahrgäste. FOTOS: KUHAUPT

Hajo Müller (64) ist Kaufmännischer Vorstand und Sprecher des Vorstandes der BSAG. Der studierte Kaufmann und Betriebswirt kam im Jahr 2009 aus dem Management der Deutschen Bahn nach Bremen.

Die Pandemie, weniger Fahrgäste und starke Einnahmeverluste. Herr Müller, war 2020 das schwierigste Jahr in der Geschichte der Bremer Straßenbahn AG?
Hajo Müller: Mit Sicherheit war es das Außergewöhnlichste.

Fehlte es auch an Personal?
Ja, es sind enorme Engpässe entstanden beispielsweise in der Fahrschule und bei der Ausbildung unseres Nachwuchses. Das führte wiederum zu großem Dispositionsaufwand. Wir haben mehr reagiert, denn planvoll handeln können. Das ist anstrengend, das muss ich sagen. Zum normalen Tagesgeschäft kam hinzu, dass der Krisenstab bis Ende des Jahres nahezu täglich tagte, jetzt immer noch zweimal in der Woche. Zudem sind da die umfangreichen Themen Maskenpflicht, Hygiene, Testungen und Impfen von Mitarbeitern. Bei all dem mussten wir im Rahmen der Daseinsvorsorge den Betrieb zu 100 Prozent aufrechterhalten.

Müssen Sie Lehren aus dem vergangenen Jahr ziehen, weil die Digitalisierung verschlafen wurde?
Die Krise hat auch sehr viel Positives bewirkt. Einige Maßnahmen, die wir lange vor der Brust hatten, konnten wir zügiger realisieren. Ein Beispiel: Wir haben unser Vertriebssystem vor einigen Jahren komplett erneuert. Was wir dabei nicht getan haben, weil es die Technik dafür nicht gab, war das kontaktlose Zahlen beim Fahrer in den Bussen. Es hat immer noch lange genug gedauert, aber das haben wir jetzt innerhalb weniger Monate nachgerüstet. Wir sind auch weitere Digitalisierungsschritte gegangen, die uns einen Schub nach vorne gegeben haben. Die Bob-App kam auch endlich.

Der Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen (VBN) zählte aufgrund der Pandemie im vergangenen Jahr insgesamt 116,6 Millionen Fahrgäste – ein Rückgang von 33,5 Prozent oder 58,8 Millionen weniger Kunden in den Bussen, Straßenbahnen und Zügen. Wie sehen die Zahlen der BSAG aus?
Wir liegen in der gleichen Größenordnung. Wir haben jetzt 70 Millionen Fahrgäste statt 106 Millionen im Vorjahr. Das ist ein erheblicher Einbruch, weit mehr als 30 Prozent der Fahrgäste sind uns weggefallen. Das hat natürlich eine unmittelbare Auswirkung auf die Erlöse.

Im VBN sanken die Fahrgeldeinnahmen um 51,1 Millionen (22,2 Prozent) auf 179,6 Millionen Euro. Wie hoch sind die Verluste der BSAG?
Wir sind bei ungefähr 25 Prozent weniger an Erlösen als ursprünglich vorgesehen und geplant. Das sind 25 Millionen Euro weniger im Vergleich zum Vorjahr. Das ist schon eine Hausnummer, die uns richtig Sorgen macht.

Ist eine Besserung in Sicht?
Die Zahlen steigen gerade wieder etwas an. Wir können etwas optimistischer in die Zukunft schauen, bis es Diskussion um eine weitere Infektionswelle gibt. Bis vor zwei Wochen waren wir in der Entwicklung bei den Fahrgästen immer noch auf knapp der Hälfte, also 55 Prozent des Vorkrisenniveaus. Das ist erschütternd. Sie sehen ja, wie leer die Fahrzeuge sind. Das kann man gut wahrnehmen.

Wie sieht die Prognose für dieses Jahr aus?
Gute Frage. Jetzt hab ich meine Glaskugel aus der Schreibtischschublade nicht mitgebracht. Wo wir am Ende des Jahres rauskommen, ist nicht seriös zu prognostizieren. Wir wünschen uns, dass wir am Ende des Jahres einen Zuwachs verzeichnen. Wie groß der ist, kann ich nicht sagen. Im Moment sind wir durch die Entwicklung da eher etwas verhaltener. 80 Millionen Fahrgäste statt 70 – das wäre toll, das wäre wirklich gut. Im Moment zeichnet sich das aber gerade nicht ab und wir sind schon im Juni. In den vier Monaten von Januar bis April liegen wir 29 Prozent unter dem Vorjahr und 40 Prozent unter unserer eigenen Planung, weil wir optimistisch waren, was die Fahrgastzahl angeht.

Kann die BSAG in einer Zeit ohne Pandemie überhaupt wieder Zahlen des Vorkrisenniveaus erreichen? Also mehr als 100 Millionen Fahrgäste?
Die Hoffnung ist da. Ich sehe das aber nicht für die nächsten zwei bis drei Jahre. Auf keinen Fall. Selbst wenn diese Jahre komplett pandemiefrei sind, ohne Corona-Maßnahmen und ohne epidemische Notlage.

Ein Einzelticket beispielsweise für eine Bahnfahrt mit vier Haltestellen vom Sielwall zur Obernstraße ist mit 2,85 Euro ziemlich teuer. Müssen die Preise und Ticket-Angebote verbessert und günstiger werden, damit wieder mehr Menschen Busse und Bahnen nutzen?
Sie haben recht. Das Ticket-Sortiment ist zu reformieren. Das ist eine aktuell laufende Diskussion. Wir arbeiten in einem Projekt mit dem VBN daran. Der Verbund hat die Tarifhoheit und wir sind dort eingegliedert. Wir müssen das Sortiment dahingehend verändern, dass wir es dem geänderten Mobilitätsverhalten und den neuen Anforderungen durch die Krise anpassen. Wenn Pendler beispielsweise nur noch zweimal in der Woche ins Büro müssen, könnte man ihnen vielleicht eine Art Rabattkarte ähnlich der Bahncard anbieten. Dann könnten auch die Preise angepasst werden. Aber da steht noch nichts fest.

Für dieses Jahr ist auf eine Preiserhöhung bei den Tickets verzichtet worden. Da die BSAG aber so große Verluste gemacht hat, ist mit Preisanhebungen doch zu rechnen?
Einige Unternehmen in der Branche haben bereits Preiserhöhungen durchgeführt. Also im Karlsruher Raum oder in München gingen die Preise in die Höhe. Das ist aber kein Mittel, um die Verluste auszugleichen. Es hängt von vielen Faktoren ab, aber aus meiner Sicht wäre es derzeit kein gutes Signal, wenn man jetzt mit einer deutlichen Preiserhöhung reingeht. Perspektivisch wird sich das nicht vermeiden lassen. Allein schon, weil Bau- und Materialkosten steigen und es eines Inflationsausgleichs bedarf.

Das Gespräch führte Pascal Faltermann.

Erlöse sind eingebrochen

Die geplanten Erlöse der Bremer Straßenbahn AG (BSAG) sind „dramatisch eingebrochen“, heißt es im Geschäftsbericht des kommunalen Verkehrsunternehmens, der dem WESER-KURIER vorliegt. Die Corona-Krise mit ihren Einschränkungen, Lockdowns und Regeln hat der BSAG zugesetzt. In den vergangenen Jahren gingen die Zahlen der jährlich beförderten Personen immer weiter nach oben. Durch die Pandemie waren es 2020 noch 70 Millionen Fahrgäste in Bussen und Bahnen, statt zuvor etwa 106 Millionen. Statt 125 Millionen Euro an Umsatzerlösen im Jahr 2019 verzeichnet die BSAG nur noch 99,5 Millionen Euro in 2020.

Es gibt aber auch Zahlen, die gestiegen sind. Mit 2343 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen hat das Verkehrsunternehmen 25 Arbeitskräfte mehr im Personalbestand. Im Fahrdienst sind 13 Personen mehr am Steuer. Im Linienverkehr werden zudem mehr Fahrzeuge eingesetzt: 347 Busse und Bahnen sind auf Bremens Straßen und Gleisen unterwegs – im Jahr 2019 waren es 335.

Im Zusammenhang mit dem Rettungsschirm für den öffentlichen Nahverkehr bestehen vom Zweckverband Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen (ZVBN) Ausgleichsansprüche von 25,7 Millionen Euro. Diesen Anspruch hat der Verband durch die im Jahr 2020 entstandenen Schäden durch die Corona-Pandemie. PAF

Mehr Geld gefordert

Städtetagspräsident Burkhard Jung hat vor Preissteigerungen bei Bussen und Bahnen gewarnt. Ohne mehr Bundesmittel sei ein Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) nicht zu finanzieren, sagte der Leipziger Oberbürgermeister und SPD-Politiker am Montag bei einem von der Gewerkschaft Verdi organisierten digitalen „ÖPNV-Gipfel“.

Jung machte deutlich, ohne mehr Bundesmittel wären der Betrieb des ÖPNV sowie der Ausbau nicht ohne Kostensteigerungen zu finanzieren. Der Nahverkehr sei aber eine zentrale Säule der Mobilitätswende. Man rede über Milliarden, um neue Strecken eröffnen und ländliche Räume besser anbinden zu können.

Auch Nordrhein-Westfalens Verkehrsminister Hendrik Wüst (CDU) forderte vom Bund mehr Geld für den ÖPNV. Er sagte, Deutschland müsse wieder „Bahnland“ werden. Auf dem Weg zu diesem Ziel seien in der kommenden Legislaturperiode jährlich zwei Milliarden Euro mehr für einen bedarfsgerechten ÖPNV notwendig.

Verdi-Bundesvorständin Christine Behle sagte, der ÖPNV müsse ausreichend finanziert werden. Sie hatte bereits acht Milliarden Euro jährlich bis 2030 zusätzlich zu den bisherigen Mitteln gefordert. Antje von Broock, Geschäftsführerin des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, forderte, Bundesmittel aus dem Fernstraßenbau in ein ÖPNV-Finanzierungsprogramm umzuwidmen. DPA

„Es gibt nur einen Weg, um Kritik zu vermeiden: Nichts tun, nichts sagen, nichts sein.“

ARISTOTELES (384 V. CHR. – 322 N. CHR.)

Einigung auf Termin für Sommerwiese

VON PASCAL FALTERMANN

Bremen. Jetzt also doch: Für die geplante „Sommerwiese“ steht ein Termin fest. Nach Informationen des WESER-KURIER haben sich das Wirtschaftsressort mit Senatorin Kristina Vogt (Linke) und die Bremer Schausteller auf ein Datum geeinigt. Vom 23. Juli bis 8. August soll die Veranstaltung auf der Bürgerweide über die Bühne gehen. Darüber will der Senat an diesem Dienstag beraten. Eine entsprechende Beschlussvorlage soll es noch nicht geben, weshalb eine endgültige Entscheidung wohl erst in der kommenden Woche fällt.

Nach aktuellem Stand wären in dem Zeitraum bis zu 6000 Besucher zeitgleich auf dem Gelände möglich. Die Anzahl der vorgesehenen 200 Buden und Fahrgeschäften muss aber wohl reduziert werden – jetzt sind bis zu 130 Anbieter im Gespräch. Entsprechende Konzepte für Hygiene, Abstand, Einlass und Breite der Gänge sollen in Arbeit sein. Das hängt jedoch alles davon ab, wie Ende Juni die angepasste Bremer Corona-Verordnung aussieht. Die derzeit als Grundlage geltende Bundesnotbremse läuft dann aus.

Konzept überholt

Ursprünglich war vorgesehen, die „Sommerwiese“ ab dem 18. Juni auf der Fläche vor den Messehallen stattfinden zu lassen. Wie berichtet, hatten die beiden Schaustellerverbände aber eine Verschiebung um fünf bis sechs Wochen auf Ende Juli oder Anfang August angeregt. Sie hatten darauf hingewiesen, dass sie ihr Sicherheitskonzept bereits vor Wochen eingereicht hätten und dies überholt sei. Sie hoffen auf weitere Corona-Lockerungen und eine neue Bewertungslage. Zudem waren andere Veranstaltungen wie ein Zirkus für die Bürgerweide vorgemerkt. Die „Sommerwiese“ sollte eigentlich als Ersatz für die ausgefallene Osterwiese laufen. Nun rückt sie zeitlich gesehen näher an den Freimarkt heran.

ANGRIFF MIT MESSER

19-Jähriger in Straßenbahn verletzt

Bremen. Bei einer Auseinandersetzung in einer Straßenbahn sind im Steintorviertel am Sonntag zwei Männer verletzt worden. Wie die Polizei am Montag mitteilte, sei es gegen 5.20 Uhr in der Bahn zu einer Schlägerei zwischen einem 19-Jährigen und einer Gruppe junger Männer gekommen, in dessen Verlauf ein Cuttermesser eingesetzt worden sei. Der 19-Jährige musste wegen einer Schnittwunde im Gesicht im Krankenhaus behandelt werden. Ein weiterer Mann, ebenfalls 19 Jahre alt, erlitt Schnittverletzungen an den Händen und im Gesicht, lehnte eine Behandlung aber ab. Der bislang unbekannte Täter, der mit dem Cuttermesser zustach, sei an der Haltestelle Am Dobben aus der Bahn geflüchtet. Er wurde als Anfang 20, mit dunklem Teint, kurzen schwarzen Haaren und dunklem Bart beschrieben. Er soll schlank und etwa 1,80 Meter groß sein. Getragen haben soll er ein kariertes Hemd, einen schwarzen Pullover und eine blaue Jeans. Zeugenhinweise nimmt der Kriminaldauerdienst unter 04 21 / 3 62 38 88 entgegen. CRB

Drei Petitionen gegen die Bahnwerkstatt

Geplantes Projekt in Oslebshausen bleibt umstritten – Einrichtung einer Gedenkstätte gefordert

VON MICHAEL BRANDT

Bremen. Drei Petitionen sind bei der Bürgerschaft gegen die geplante Bahnwerkstatt in Oslebshausen eingereicht worden. Erstens hat Dieter Winge eine Petition mit der Überschrift „Keine Bahnwerkstatt in Bremen-Oslebshausen“ öffentlich gemacht. Am Montagnachmittag hatten 168 Personen die Eingabe online mitgezeichnet, die Frist dafür endet am 16. Juli. Winge spricht für die Bürgerinitiative Oslebshausen. Zweitens stammt die Petition „Schaffung einer grünen Pufferzone in Oslebshausen“ von Rolf Vogelsang, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins. 113 Unterzeichner stützen bisher seine Eingabe. Drittens fordert Ekkehard Lentz in seiner Petition die Einrichtung einer Gedenkstätte in Oslebshausen. Hierfür gab es am Montag 174 Unterschriften.

Lentz ist, wie berichtet, Mitglied des Friedensforums. Das Forum geht zusammen mit der Bürgerinitiative davon aus, dass auf dem Gelände An der Reitbrake, wo die Bahnwerkstatt geplant ist, möglicherweise noch 116 Tote liegen. Sie stützen sich dabei auf unterschiedliche Quellen. Die Landesarchäologin Uta Halle hat angekündigt, dass sie und ihr Team den Bereich ab August genau untersuchen werden, erste Vorarbeiten sind angelaufen.

Lentz sieht in der „gegenwärtigen Debatte um das Gräberfeld der sowjetischen NS-Opfer an der Reitbrake in Bremen-Oslebshausen“ einen Beleg für Geschichtsvergessenheit. Die Petition von Rolf Vogelsang richtet sich nicht direkt gegen die Bahnwerkstatt, sie taucht in dem Text nicht auf. Stattdessen heißt es hierin als Zitat aus einer alten Deputationsvorlage: „Aufgrund der benachbarten empfindlichen und schutzwürdigen Wohnbebauung soll eine weitere industriell geprägte Entwicklung, die an die Wohngebiete heranrückt, verhindert werden.“

LOTTO- UND TOTOQUOTEN

Lotto am Sonnabend: Klasse 1: unbesetzt, Jackpot 30 334 978,60 Euro; Klasse 2: 1 667624,60 Euro; Klasse 3: 17 024,40 Euro; Klasse 4: 4555,90 Euro; Klasse 5: 277,40 Euro; Klasse 6: 63,00 Euro; Klasse 7: 29,80 Euro; Klasse 8: 13,40 Euro; Klasse 9: 6,00 Euro.
„Spiel 77“ am Sonnabend: Klasse 1 „Super 7“: unbesetzt, Jackpot 887 677 ,50 Euro; Klasse 2: 77 777 Euro; Klasse 3: 7777 Euro; Klasse 4: 777 Euro; Klasse 5: 77 Euro; Klasse 6: 17 Euro; Klasse 7: 5 Euro. (ohne Gewähr)